

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



© OeRK/Alban Hillert

Mehr als eintausend Teilnehmende an der Weltmissionskonferenz in Arusha/Tansania haben am Ende der Versammlung am 13. März den „Arusha Aufruf“ verabschiedet. Das Motto der Versammlung lautete „Vom Geist bewegt – zu verwandelnder Nachfolge berufen“.

Weltmissionskonferenz: Götzen Finanzmarkt entthronen

Die Weltmissionskonferenz des OeRK wollte die Vielfalt der Kontexte, in der Mission heute weltweit stattfindet, sichtbar und hörbar machen. Dazu wurden Berichte darüber gegeben, was es in Kriegsgebieten und Naturkatastrophen bedeutet, Jesu Zeuginnen und Zeugen zu sein. Der Mittlere Osten war in seiner Dramatik ebenso gegenwärtig wie verschiedene afrikanische Länder. Kirchen und VertreterInnen kirchlicher Organisationen aller Konfessionsfamilien aus dem Pazifik, aus Asien, Lateinamerika und dem globalen Norden waren vertreten und berichteten über ihre Arbeit und ihren Einsatz für Menschen, für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung. Die konkreten Situationen, vor allem derer, die in ihren Gesellschaften an den Rand gedrängt werden, standen im Vordergrund vieler Beiträge.

In ihrem abschließenden Aufruf betonten die Teilnehmenden, dass die systemische Ungerechtigkeit auch Grund für Konflikte, Kriege, ökologische Katastrophen und Not sei. Besonders diejenigen Menschen, die an den Rändern der Gesellschaften leben, seien

davon besonders hart betroffen. Dieses ausbeuterische System werde zum Götzen gemacht, das weiterhin Millionen von Menschen um ihre Lebenschancen bringe. ChristInnen müssten dem Ruf des Heiligen Geistes folgen und sich und ihre Umgebung im Sinne der Nachfolge Jesu verändern.

Manche Teilnehmer bedauerten, dass dabei zu wenige konkrete Vereinbarungen getroffen worden sind.

Weltkirchenrat wird 70: Papst kommt zum Geburtstag

Anlässlich des 70. Gründungstages des Oekumenischen Rates der Kirchen reist Papst Franziskus nach Genf. Der Besuch am 21. Juni markiert einen Höhepunkt der Feierlichkeiten des ökumenischen Erbes am Ende des diesjährigen Treffens des OeRK-Zentralausschusses.

Papst Franziskus habe sich bisher – heißt es im OeRK – nicht nur als Inspirationsquelle erwiesen, sondern auch als jemand, der ein neues Verständnis vom Auftrag der Kirche, von christlicher Nachfolge und christlicher Verantwortung vertritt. Ausgehend von seiner scharfen Kritik an der internationalen

AUS DEM INHALT

Global Christian Forum:
Welttreffen in Lateinamerika

Russland:
Interreligiöser Rat empfiehlt
Ächtung von Wahabismus

Saudi Arabien:
Absichtserklärung für interreligiöse
Toleranz

Reichtumskonzentration:
Das reichste ein Prozent wird 2030
zwei Drittel des gesamten
Vermögens weltweit besitzen

US-Kongress:
Wegen Gebeten für die Armen aus
dem Amt gedrängt

Philippinen:
Neues Kirchennetzwerk für Arme

Christliche Weltbünde:
Nicht alles darf zur Ware gemacht
werden

Aus Netzen und Bewegungen

Rhein-Mosel-Saar:
„Gerechter Friede“ und die
weltweite Militarisierung

**Arbeitsgemeinschaft christlicher
Kirchen in Deutschland:**
Auch eine säkulare Gesellschaft
braucht die Kirchen

Westfalen:
„Ja, ich will! Nachhaltig und Fair“ –
ein Ratgeber für Hochzeitspaare

Kairos Europa:
Wiederentdeckung des Humanum
mit Bibel, Koran und Marx

Oekumenischer Ratschlag:
Gegen die strukturelle
Gewalttätigkeit der herrschenden
Ökonomie - Für eine Wirtschaft,
die dem Leben dient

Dritter Oekumenischer Pilgerweg:
Für Klimagerechtigkeit

Wirtschaftsordnung und an Bedrohungen für die Umwelt befürwortet er einen ganzheitlichen Ansatz für die Wirtschaft, die Erde und die Armen.

Auf ökumenischer Ebene betont Franziskus eine tatkräftige Solidarität mit den Armen, die gleichzeitig die ökumenische Gemeinschaft fördert, sowie ein gemeinsames Zeugnis von der Freude des Evangeliums und der Verheißung sozialer Gerechtigkeit.

Franziskus hat enge Beziehungen zum Oekumenischen Patriarchen Bartholomäus I. geschaffen, mit dem Erzbischof von Canterbury eine gemeinsame Initiative gegen Menschenhandel auf die Beine gestellt und mit dem koptischen Papst Tawadros II. ein Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung der Taufe erzielt.

Schon vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil haben die katholische Kirche und der Oekumenische Rat der Kirchen eng zusammengearbeitet. Ihre Gemeinsame Arbeitsgruppe feierte 2015 ihr 50-jähriges Bestehen, und auch wenn der Vatikan kein Mitglied des OeRK ist, nimmt er aktiv an den wichtigsten Programmen und an allen seinen Kommissionen teil.

Aus dem Aufruf von Arusha

„Freudig haben wir das lebensspendende Wirken von Gottes Geist in unserer Zeit gefeiert und uns dabei insbesondere vom afrikanischen Kontext und der afrikanischen Spiritualität inspirieren lassen. In Bibelstudien, im Gebet und in Gottesdiensten sowie beim Berichten über unsere jeweiligen Erfahrungen wurden wir ermutigt, Zeuginnen und Zeugen für die Herrschaft Gottes zu sein, die uns durch das Leben, die Kreuzigung und die Wiederauferstehung unseres Herrn Jesus Christus zuteil wurde.“

Trotz einiger Hoffnungsschimmer waren wir mit todbringenden Kräften konfrontiert, die die Weltordnung erschüttern und vielen Menschen Leid bringen. Wir mussten klar erkennen, dass die schockierende Anhäufung von Reichtum durch ein einzi-

ges globales Finanzsystem einige wenige Menschen sehr reich und sehr viele sehr arm macht. Dies ist die Grundursache für viele der derzeitigen Kriege und Konflikte, für die Umweltzerstörung und das Leid. Uns ist bewusst, dass die Menschen am Rand der Gesellschaft die schwerste Last tragen. Das weltweite imperiale System hat den Finanzmarkt zu einem Götzen unserer Zeit gemacht und die Kulturen der Vorherrschaft und der Diskriminierung gestärkt, die immer noch Millionen von Menschen gesellschaftlich marginalisieren und ausschließen und sie so verwundbar und anfällig für Ausbeutung machen.

Die Probleme sind keine neuen Probleme im Jahr 2018, aber der Heilige Geist wirkt auch in unserer Zeit und ruft uns als christliche Gemeinschaften dringend auf, darauf mit einer Veränderung unseres individuellen und gemeinschaftlichen Verhaltens und verwandelnder Nachfolge zu reagieren.“

Global Christian Forum: Welttreffen in Lateinamerika

Zu ihrem dritten Welttreffen kamen Ende April im kolumbianischen Bogota VertreterInnen des „Global Christian Forum (GCF)“ zusammen. Unter dem Motto aus dem Hebräerbrief: „Bleibt fest in der geschwisterlichen Liebe“ (Hebr. 13,1) tauschten sich dort Leitungspersonen über Fragen des weltweiten Christentums aus. Vor 20 Jahren, im Vorfeld der Vollversammlung des OeRK 1998 in Harare entstand die Initiative zu dem weltweiten Forum, als eine Gruppe von 28 Menschen im Oekumenischen Institut in Bossey bei Genf zusammenkam. Heute repräsentiert der Kreis sowohl den OeRK als auch weltweite christliche Gemeinschaften, regionale ökumenische Organisationen, nationale Kirchenräte, internationale ökumenische Organisationen sowie evangelikale, charismatische und Pfingstkirchen, die keiner ökumenischen Struktur angehören. Die Teilnehmerschaft besteht zur einen Hälfte aus Menschen der „alten“ Kirchen (katholisch, orthodox, protestantisch), zur anderen Hälfte aus den „jungen“ Kirchen (Evangelikalen, Pfingstkirchen, Unabhängigen). Den Gründerinnen und Gründern der Initiative sei bewusst gewesen, „dass die Nachfolge Christi die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft von Kirchen wie dem OeRK überschreitet“, so berichtete OeRK-Generalsekretär Tveit und betonte, dass die Arbeit des GCF zu „deutlich verbesserten“ und weitreichenderen Beziehungen und Kooperationen zwischen kirchlichen Partnern geführt habe, die zuvor nur wenige oder eher schwierige Beziehungen zueinander hatten. Geschwisterliche Liebe könne sich nicht nur auf die jeweils eigene Gemeinschaft, Glaubenstradition oder Nation beschränken. „Sie ergießt sich aus Gottes Liebe für diese Welt wie die Flüsse des Lebens in der wunderbaren Beschreibung der neuen Schöpfung im Buch der Offenbarung“, sagte Tveit.

Evangelikale:

Debatten innerhalb der „World Evangelical Alliance“

In einem achtseitigen Offenen Brief haben sich die nationalen Verbände der Evangelikalen Allianz Italiens, Spaniens und Maltas gegen die Haltung ihres eigenen Weltverbandes gewandt und ihm vorgehalten, sich von ihrer „historischen Position zu entfernen“, was die Haltung gegenüber der katholischen und der liberalen protestantischen Theologie betreffe. Der Weltverband zeichne sich inzwischen durch eine „ökumenische Haltung“ aus, die der historischen Position der Organisation zuwider laufe. Einheit sei zu einem „verschwommenen Begriff“ geworden, der auf alle Beziehungen Anwendung finde, auch wenn die den überlieferten Prinzipien zuwider liefen. Die Führung sei weniger vorsichtig geworden, was die Gespräche mit der katholischen Seite angehe und tendiere dazu, die historischen Grenzen zu umgehen. So habe etwa die Gemeinsame evangelisch-katholische Erklärung zur Erinnerung an die Reformation, die vom Vorsitzenden der Theologischen Kommission der Europäischen Evangelikalen Allianz, Thomas Schirmacher, als eine Art von „Friedensvertrag“ zwischen Katholiken und Lutheranern bezeichnet wurde, bei einigen Mitgliedern zu „wachsender Sorge“ Anlaß gegeben.

Iran:

Rechte der christlichen Minderheit schützen

Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen haben den Iran dazu aufgerufen, einen transparenten und fairen Verlauf eines Verfahrens gegen drei iranische Christen zu gewährleisten, die sich im Februar 2018 in Teheran vor einem Revolutionsgerichtshof zu verantworten hatten. Schon im Juli 2017 waren in einer Vorinstanz der assyrische Pastor Victor Bet Tamraz, sowie die Konvertiten Amin Afshar Naderi und Hadi Asgari zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Der Vorwurf lautete auf „Evangelisierung“ sowie illegale Hauskirchenaktivitäten. Naderi erhielt zudem wegen „Blasphemie“ weitere fünf Jahre Haft. Ende April 2018 wurde die zunächst verschobene Anhörung eröffnet. Ein Ende des Verfahrens ist noch nicht abzusehen, mindestens zwei weitere Gerichtstermine stehen noch an. In der Vergangenheit gab es verschiedentlich harte Gefängnisstrafen wegen der „Gefährdung der nationale Sicherheit“ gegen Christen, was zur Besorgnis u.a. bei den UN-Experten führte.

Russland:

Interreligiöser Rat empfiehlt Ächtung von Wahabismus

Der interreligiöse Rat Russlands hat beschlossen, dem Staat das Verbot islamisch-wahabitischer Vereinigungen zu empfehlen.



Der Entschluss des Rates geht laut Asianews auf den Antrag eines Muftis aus Tatarstan zurück.

Metropolit Hilarion, der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, sagte beim letzten Treffen des interreligiösen Rates in Moskau, angesichts des wachsenden Terrorismus müssten sich die religiösen Gemeinschaften organisieren. Das betreffe vor allem jene Religionen, in denen die Gefahr des Extremismus größer sei.

Der Vorschlag, den Wahabismus als extreme Form des Islam in Russland zu verbieten, kam von Mufti Kami Samigullin, dem Vorsitzenden der Religionsverwaltung der Muslime aus Tatarstan. Der Wahabismus sei eine Ideologie, die es zu verbannen gelte, weil sie „Hass unter den Menschen“ verbreite. Samigullin betonte, die Wahhabiten verfügten in Russland inzwischen über eine Reihe von Einrichtungen, die großen Zustrom verzeichneten. Ein Verbot könnte dieses Wachstum eindämmen, besonders das Anwerben zukünftiger Terroristen würde schwieriger, sagte der Mufti.

Der Wahabismus ist eine Strömung des sunnitischen Islams, der vor allem in Saudi Arabien beheimatet ist und im Ausland von dort aus finanziell kräftig gestützt wird. Seine Anhänger befürworten zum Zweck der Abschreckung und Disziplinierung öffentliche Scharia-Strafen wie Hinrichtungen oder Auspeitschungen. Religionsfreiheit wird abgelehnt, Frauen sind in den privaten Bereich verwiesen.

Interreligiöser Dialog für den Frieden: Arabische Religionsführer für sozialen Zusammenhalt

Den ersten gemeinsamen Aktionsplan für arabische Religionsführer, der Wegweiser sein soll für die Überwindung von Spaltungen, die Extremisten hervorgerufen haben, und für die Wiederherstellung von sozialem Zusammenhalt und einer gemeinsamen Bürgerschaft im arabischen Raum formulierte am 26. Februar eine Konferenz in Wien, Österreich, als „Interreligiöser Dialog für den Frieden: Die Förderung der friedlichen Koexistenz und des gemeinsamen Bürgerrechts“.

Die Plattform wird die erste ihrer Art für Führungspersonen der christlichen und muslimischen Gemeinschaften in der Region sein und einen Rahmen bieten, in dem sie zusammenarbeiten und gemeinsam das Wohl aller Menschen in der Region fördern können. Religiöse Führungspersonen und politische Entscheidungsträger halten eine solche Plattform für erforderlich. Ihr Fehlen sei eine Hürde und Hindernis für einen nachhaltigen Dialog zwischen den Religionen.

Mehr als 200 führende Religionsvertreter, politische Entscheidungsträger, Wissenschaftler und Vertreter internationaler und zivilgesellschaftlicher Organisationen nahmen an der Konferenz in Wien teil, darunter

führende Vertreter des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, der Islamischen Weltliga und der Evangelischen Kirche von Ägypten.

Organisiert worden war die Konferenz vom in Wien ansässigen Internationalen KAI-CIID-Dialogzentrum.

Oekumenischer Patriarch hält Eröffnungsansprache

In seiner Eröffnungsansprache begrüßte der Oekumenische Patriarch Bartholomäus I die Anwesenden und dankte all jenen, die für dieses historische Vorhaben von weither angereist waren. „Es ist uns eine außerordentlich große Freude, umgeben zu sein von so vielen unermüdeten Friedensstiftern, die diese Woche hierher nach Wien gereist sind, um an dieser Konferenz teilzunehmen und auf die zunehmenden Bedrohungen für die Menschwürde, die Verständigung und das gegenseitige Verständnis, die Offenheit und den Frieden in unserer heutigen Welt zu reagieren“, sagte er.

„Im Laufe der letzten Jahre ist die Zahl der Länder weltweit, in denen religiöse Minderheiten gesellschaftlich stark oder sehr stark angefeindet werden, stetig gestiegen“, stellte er weiter fest. „Die Lebensbedingungen in vielen Teilen der Welt sind alles andere als ideal.“

Der Beitrag, den Religionen bei der Überwindung dieser weltweiten Krise leisten können, sei von zentraler Bedeutung und unentbehrlich, erklärte er abschließend.

Türkei: Erdogan empfing Patriarchen Bartholomaios I.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat am 25.04.2018 den Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios I., empfangen. Dieser hatte sich zuvor drei Jahre lang um eine Audienz bei Erdogan bemüht.

Erst am Vortag erhielt der Patriarch die Einladung in den Präsidentenpalast von Ankara. Der Delegation von Bartholomaios gehörten mehrere Personen an, so der Rektor der 1971 vom Staat geschlossenen Theologischen Hochschule von Chalki, zwei Führungskräfte der kirchlichen Immobilienverwaltung sowie der für Rechtsfragen zuständige Sekretär des griechisch-orthodoxen Bischofssynods von Konstantinopel. Demnach wollte die orthodoxe Delegation offenbar bei Erdogan wegen einer Wiedereröffnung der Hochschule nachfragen. Es gab allerdings keine gemeinsame Abschlusserklärung. Der Präsident fehlte außerdem beim Abschlussfoto.

Auch die Entwicklungen in Russland und der Ukraine wurden Thema. Erdogan hatte Anfang April Russlands Staatspräsidenten Wladimir Putin empfangen. Wie aus dem Istanbuler Patriarchat verlautete, warnte der türkische Präsident den ökumenischen

Patriarchen vor einer Abtrennung (Autokephalie) der Ukrainischen Orthodoxen Kirche vom Patriarchat Moskau.

Saudi Arabien: Absichtserklärung für interreligiöse Toleranz

Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman hat sich in einer Begegnung mit dem anglikanischen Primas, dem Erzbischof von Canterbury Justin Welby, dazu bekannt, im Rahmen seiner internen Reformen den Dialog der Religionen zu fördern. Er wolle in seinem Land zurück zu einem moderaten Islam. Der arabische Monarch, der in seinem Land an mehreren Stellen Veränderungen anstößt, hielt sich in Großbritannien auf und stattete auch Welby im Londoner Lambeth Palace einen Besuch ab.

Im Rahmen des Gesprächs thematisierte der anglikanische Primas seine Sorge über die katastrophale humanitäre Situation im Jemen. Dort ist Saudi Arabien militärisch in einem Bürgerkrieg aktiv.

In der Woche zuvor war der Thronfolger im Rahmen eines Ägyptenbesuchs auch mit dem koptischen Papst Tawadros II. zusammen getroffen und hatte bei dieser Gelegenheit die Rolle der Kopten bei der Stabilisierung des Landes hervorgehoben. Mohammed bin Salman, der erst im letzten Jahr nach einer Palastrevolte die Rolle des Thronfolgers übernahm, wird im Rahmen seiner politischen Veränderungen auch verantwortlich gemacht für die Behandlung von innenpolitischen Gegnern und ihrer Festsetzung im Hotel Ritz Carlton im November 2017. Die New York Times berichtete im März 2018 in diesem Zusammenhang von aktuellen Foltterwürfen aus dem Luxushotel.

Brasilien: Nach Morden an Menschenrechtsaktivisten Untersuchung gefordert

Nach der Ermordung von Menschenrechtsaktivisten, darunter der bekannten Stadträtin Marielle Franco, zusammen mit ihrem Fahrer Anderson Pedro Gomes am 14. März 2018, hat Christian Aid dringend eine umfassende Untersuchung der Attentate gefordert, die Brasilien erschüttert haben und an vielen Orten Lateinamerikas und der Welt Trauer und Wut auslösten. Schon am 11. März war Paulo Nascimento, ein bekannter Aktivist in Barcarena im Amazonasgebiet getötet worden. Die Ermordung Francos, einer der führenden Repräsentantinnen der neuen brasilianischen Linken, fällt in eine Zeit, in der Rio de Janeiro unter massiver Misswirtschaft leidet und das gesamte Land zahlreiche Rückschritte bei seiner Demokratie erlebt. Bei den Ermittlungen rücken inzwischen Verbindungen zwischen Ratsmitgliedern in Rio de Janeiro und paramilitärischen Milizen in den Fokus der Untersuchung.

UNO:**Mehr Dialog statt militärischer Gewalt**

Mehr Vorsorge und aktive Konfliktverhinderung waren die Themen eines hochrangigen Treffens am Sitz der Vereinten Nationen Ende April 2018. Mehr Diplomatie, mehr Dialog und mehr Mediation, um drohende Konflikte anzuwenden sollen zu einer neuen Strategie der Weltorganisation führen, um ihrem Ziel der Kriegsverhinderung näher zu kommen. Mit diesem Tenor äußerte sich der Vorsitzende der 72. Vollversammlung der Vereinten Nationen (2017-2018), der slowakische Diplomat Miroslav Lajčák in seiner Eröffnungsansprache bei der Konferenz über „Peacebuilding and Sustaining Peace“. UNO-Generalsekretär António Guterres unterstrich, dass es gelte, partnerschaftliches Handeln auf allen Ebenen zu stärken. Er betonte, dass zu einem umfassenden Frieden immer gehöre, dass die Bedürfnisse der Ärmsten in den Blick genommen werden müssten. Mehr Länder seien heute von Gewalt erschüttert als in den letzten dreißig Jahren. Ungleichheit wachse weltweit, ganze Länder und Gemeinschaften sähen sich vom Fortschritt ausgeschlossen. Nötig seien mehr Einheit und mehr Mut, so Guterres.

Stockholm International Peace**Research Institute:****Militärausgaben bleiben mit 1,7 Billionen Dollar hoch**

Die weltweiten Militärausgaben stiegen nach neuen Zahlen des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) im Jahr 2017 auf 1739 Milliarden Dollar, was einem Anstieg von real eins Komma eins Prozent ab 2016 entspricht. Die Militärausgaben Chinas wuchsen 2017 wieder an und setzten den seit mehr als zwei Jahrzehnten anhaltenden Aufwärtstrend fort. Die Militärausgaben Russlands gingen mit 66,3 Milliarden Dollar um 20 Prozent zurück, verursacht durch wirtschaftliche Probleme, während die Ausgaben der Vereinigten Staaten im zweiten Jahr in Folge konstant blieben. Die SIPRI-Militärausgaben-Datenbank ist im Internet unter www.sipri.org abrufbar.

Die anhaltend hohen Militärausgaben der Welt gäben Anlass zu ernster Sorge, sagte Botschafter Jan Eliasson, Vorsitzender des SIPRI-Verwaltungsrats. Dadurch werde die Suche nach friedlichen Lösungen für Konflikte auf der ganzen Welt untergraben.

Die Militärausgaben im Jahr 2017 machten zwei Komma zwei Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder 230 Dollar pro Person aus.

Viele europäische Staaten sind Mitglieder der NATO und haben sich in diesem Rahmen bereit erklärt, ihre Militärausgaben zu erhöhen. Die gesamten Militärausgaben aller 29 NATO-Mitglieder beliefen sich im Jahr 2017 auf 900 Milliarden Dollar. Das

entspricht 52 Prozent der weltweiten Ausgaben.

Oxfam:**Privater Gewinn nicht auf Kosten der Allgemeinheit**

Die britische Hilfs- und Entwicklungsorganisation Oxfam hat auf ihrer Jahreskonferenz die Weltbank gemahnt, ihr Ziel, das Ende von Armut und allgemeinen Wohlstand, nicht zu vergessen. Die Weltbank setze aktuell immer stärker darauf, den Privatsektor für Entwicklungsfinanzierung zu gewinnen. Beispielhaft wurde in diesem Zusammenhang hingewiesen auf die Klageeinreichung von kenianischen Eltern gegen die International Finance Corporation, den privatwirtschaftlichen Arm der Weltbank, der etwa die umstrittenen Privatschulenfirma „Bridge International Academies“ unterstützt. Der Institution werden in der Klage die Verletzung nationalen Rechts und der Erziehungsstandards vorgeworfen, weil sie durch ihre Gebührenpolitik die Ungleichheit weiter verschärfe. Arme Familien seien gar nicht in der Lage, diese Ausbildungskosten aufzubringen. Investitionen bedeuteten hier nicht Entwicklung, erklärte in diesem Zusammenhang Nadia Daar, Leiterin von Oxfam International in Washington. Es gelte, so Daar, sich bei Entwicklungsstrategien nicht weiter übermäßig auf den Privatsektor zu verlassen, sondern die Länder zu ermutigen, fortschrittliche und transparente Strategien zu entwickeln, um Mittel aus dem eigenen Land zu mobilisieren.

Reichtumskonzentration:**Das reichste ein Prozent besitzt 2030 zwei Drittel des gesamten Vermögens weltweit**

Das reichste ein Prozent der Weltbevölkerung ist auf dem besten Weg, bis 2030 bis zu zwei Drittel des Weltvermögens zu kontrollieren, so lautet eine Analyse, die vom britischen Guardian am 7. April vorgestellt wurde.

Zugrunde liegt eine Hochrechnung der House of Commons-Bibliothek, des wissen-

schaftlichen Dienstes im britischen Parlament. Sie legt nahe, dass bei Fortsetzung der seit dem Finanzcrash 2008 beobachteten Trends, das reichste ein Prozent der Weltbevölkerung bis 2030 etwa 64 Prozent des Weltvermögens halten werden.

Seit 2008 wächst der Reichtum der reichsten ein Prozent jährlich um durchschnittlich sechs Prozent – viel schneller als der Reichtum der restlichen 99 Prozent der Weltbevölkerung um drei Prozent. Sollte das so weitergehen, würden die ersten ein Prozent einen Reichtum von 305 Billionen US-\$ ihr Eigen nennen gegenüber 140 Billionen US-\$ heute.

Analysten gehen davon aus, dass sich der Wohlstand aufgrund der jüngsten Einkommensungleichheit, der höheren Sparquoten bei den Reichen und der Vermögensbildung an der Spitze konzentriert hat. Die Reichen investierten auch viel Eigenkapital in Unternehmen, Aktien und andere Finanzanlagen, was ihnen überproportionale Vorteile brachte.

Die Studie wurde für eine Fachkonferenz von Liam Byrne in Auftrag gegeben, dem ehemaligen Arbeitsminister unter Labour.

Seine Hoffnung ist, Druck aufbauen zu können vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten im November in Buenos Aires. Byrne, der die erste globale parlamentarische Konferenz der OECD über integratives Wachstum organisierte, meinte, dass die globale Ungleichheit „jetzt an einem Wendepunkt“ angekommen sein müsse.

„Wenn wir keine Schritte unternehmen, um die Regeln unserer Wirtschaft umzuschreiben, dann verurteilen wir uns zu einer Zukunft, die für immer ungleich bleibt“, sagte er. „Das ist moralisch schlecht und wirtschaftlich katastrophal, mit dem Risiko einer neuen Explosion von Instabilität, Korruption und Armut.“

George Freeman, Tory-Abgeordneter und ehemaliger Chef des politischen Ausschusses des Premierministers, meinte: „Während die Menschheit noch nie eine solche Einkommensungleichheit gesehen hat, ist es auch wahr, dass die Menschheit noch nie einen so raschen Anstieg des Lebensstand-

Projektion zur Verteilung des global vorhandenen Reichtums in verschiedenen Szenarien für den Zeitraum von 2017–2030

	Das reichste ein Prozent der Weltbevölkerung	Die weniger reichen 99%
Anteil am Gesamtvermögen in 2017	50%	50%
Gesamtvermögen jährliche Wachstumsrate 2000–2017	6%	5%
Gesamtvermögen jährliche Wachstumsrate 2008–2017	6%	3%
Anteil am Gesamtvermögen in 2030		
Unter der Annahme einer jährlichen Wachstumsrate wie 2000–2017	54%	46%
Unter der Annahme einer jährlichen Wachstumsrate wie in den letzten Jahren von 2008–2017	64%	36%

ards erlebt hat. Weltweit werden Milliarden von Menschen in einem nie dagewesenen Tempo aus der Armut geholt. Aber die außerordentliche Konzentration des globalen Wohlstands heute – angetrieben durch das Tempo der technologischen Innovation und der Globalisierung – stellt uns vor große Herausforderungen.“

Die Zusammensetzung jeder Gruppe kann sich jährlich ändern. Jemand, der sich in einem Jahr bei dem reichsten ein Prozent befindet, kann im folgenden Jahr zu den 99 Prozent der am wenigsten reichen zählen.

Die Projektionen basieren auf den Vermögensdaten des „Global Wealth Report“ der schweizerischen Bank Credit Suisse, die Vermögensverwaltungen anbietet und dem „Global Wealth Data Book 2017“.

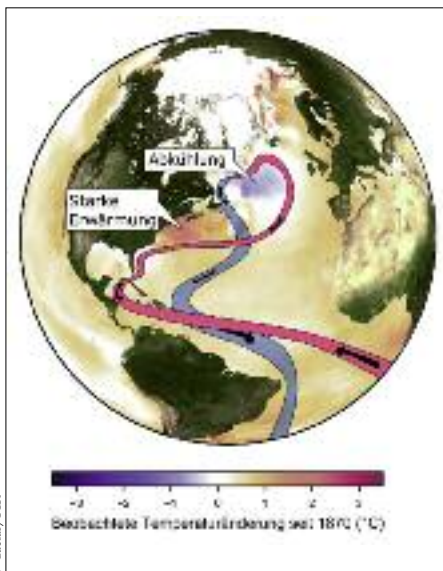
Eine theoretische Fortschreibung der Trends bei gleichen Zuwachsraten kommt zum Resultat, dass bis 2066 das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung 99 Prozent des gesamten Vermögens beanspruchen kann gegenüber einem Prozent am globalen Vermögen für die 99 Prozent der übrigen Weltbevölkerung.

Weltkirchenrat: Engagement des UNO-Umwelt- programms begrüßt

Der Leiter des Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) mit Sitz im kenianischen Nairobi, der Norweger Erik Solheim, hat im April in Genf bei einem Besuch des OeRK, seinen Landsmann, den norwegischen Generalsekretär der OeRK, Pfr. Dr. Olav Fykse Tveit getroffen. Das Umweltprogramm wurde 1972 auf der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen (UNCHE) durch Resolution 27/2997 der Vereinten Nationen vom 15. Dezember 1972 ins Leben gerufen und ist heute eines der weltweit führenden Instrumente für eine Weltklimapolitik. OeRK wie UNEP, so die beiden Norweger, arbeiten für gleiche Ziele, so wie viele andere auf diesem Planeten auch. Das lange Engagement der Kirchen in dieser Frage sei davon gespeist, so Tveit, dass wir als „Menschen des Glaubens sagen, dass wir Grund haben zu hoffen“.

Stärkere Belege für Abschwächung des Golfstromsystems

Der Klimawandel zeitigt bereit jetzt langfristige Folgen. Die als Golfstromsystem bekannte Umwälzströmung im Atlantik – eines der wichtigsten Wärmetransportsysteme der Erde, das warmes Wasser nach Norden und kaltes Wasser nach Süden pumpt – ist heute schwächer als je zuvor in den vergangenen 1000 Jahren. Temperaturdaten von der Meeresoberfläche liefern neue Belege dafür, dass sich diese große Ozeanzirkulation seit Mitte des 20. Jahrhunderts um etwa 15 Prozent verlangsamt hat. Das zeigt eine Studie in der Fachzeitschrift Nature, an



der das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) beteiligt war. Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist der Hauptverdächtige für diese beunruhigenden Beobachtungen.

„Wir haben ein spezielles Muster entdeckt – eine Abkühlung des Ozeans südlich von Grönland und eine ungewöhnliche Erwärmung vor der US-Küste“, sagt die Leit-Autorin Levke Caesar. „Dieses Muster ist sehr charakteristisch für eine Verlangsamung der Umwälzung der Wassermassen im Atlantik. Es ist praktisch wie ein Fingerabdruck einer Abschwächung dieser Meeresströmungen.“ Wenn sich die Strömungen verlangsamen, bringen sie weniger Wärme nach Norden, was zu einer Abkühlung des Nordatlantiks führt – tatsächlich ist dies weltweit die einzige Meeresregion, die sich trotz der globalen Erwärmung abgekühlt hat. Gleichzeitig verlagert sich der Golfstrom in der Nähe der USA nach Norden und Richtung Land, dabei erwärmt er die Gewässer entlang der nördlichen Hälfte der US-Atlantikküste.

Globale Erwärmung als wahrscheinliche Ursache – Auswirkungen sind weitreichend

Seit Jahrzehnten untersuchen Wissenschaftler die Veränderungen der großen atlantischen Umwälzströmung. Computersimulationen sagen voraus, dass diese als Golfstromsystem bekannte Zirkulation sich als Reaktion auf die vom Menschen verursachte globale Erwärmung abschwächen wird.

Die Abschwächung wird durch eine Reihe von Faktoren verursacht, die mit der durch Treibhausgase aus fossilen Brennstoffen verursachten globalen Erwärmung in Zusammenhang gebracht werden können. Die Umwälzströmung des Atlantik wird durch die Dichte-Unterschiede des Meerwassers angetrieben: Wenn das warme und damit leichtere Wasser von Süden nach Norden fließt, wird es kälter und damit dichter und schwerer – es sinkt in tiefere Meeresschichten

und fließt zurück in den Süden. „Aber mit der globalen Erwärmung, verstärkten Regenfällen sowie Schmelzwasser aus dem arktischen Meereis und Grönlandeis wird das Wasser des Nordatlantiks verdünnt, sein Salzgehalt sinkt. Weniger salzhaltiges Wasser ist weniger dicht und damit weniger schwer – was es für das Wasser schwieriger macht, von der Oberfläche in die Tiefe zu sinken“, erklärt Alexander Robinson von der Universität Madrid, der die Studie mitverfasst hat.

Seit Jahrzehnten wird diskutiert, ob die Umwälzströmung des Atlantiks als Kippelement im Erdsystem völlig versiegen könnte. Die vorliegende Studie betrachtet aber nicht das zukünftige Schicksal dieser Zirkulation, sondern untersucht, wie sie sich in den letzten hundert Jahren verändert hat. Dennoch warnt Robinson: „Wenn wir die globale Erwärmung nicht rasch stoppen, müssen wir mit einer weiteren langfristigen Verlangsamung der Atlantikströmung rechnen. Wir fangen erst an, die Folgen dieses beispiellosen Prozesses zu verstehen – aber sie dürften weitreichend sein.“

Mehrere Studien haben beispielsweise gezeigt, dass eine Verlangsamung des Golfstromsystems den Anstieg des Meeresspiegels an der US-Küste für Städte wie New York und Boston verschärft. Andere zeigen, dass die damit verbundene Veränderung der atlantischen Meeresoberflächentemperaturen das Wetter in Europa beeinflusst, etwa die Zugbahnen von Stürmen, die vom Atlantik kommen.

US-Kongress: Wegen Gebeten für die Armen aus dem Amt gedrängt

Auf Betreiben des scheidenden republikanischen Mehrheitsführers, des Sprechers Paul D. Ryan (Republikaner aus Wisconsin), ist der Jesuitenpater Patrick Conroy zum Rücktritt von seinem Amt als Hauskaplan im Repräsentantenhaus mit der Verantwortung für die Eröffnungsgebete bei Sitzungen genötigt worden. Offiziell gab das Büro von Ryan keine Erklärung ab. Die Washington Post berichtet aber, dass Ryan über ein Gebet von Conroy zur Sitzungseröffnung bei der Haushaltsdebatte am 6. November 2017 verärgert gewesen sei.

Conroy betete dafür, dass unter den neuen Steuergesetzen niemand zum Verlierer gemacht werden dürfe. Obwohl er ermahnt worden sei, sich „aus der Politik heraus zu halten“, hat P. Conroy weiter versucht, die Lehre Jesu im Parlament zur Sprache zu bringen und die Abgeordneten an ihre Aufgabe zu erinnern, den Menschen und ihren Nöten zu dienen.

Ryan warnte den Priester nach der Andacht vom 6. November und sagte: „Pater, Sie haben sich aus der Politik herauszuhalten“, berichtete Conroy der New York Times.

In den fünf Monaten nach Ryans Warnung wagte Conroy es dennoch, weiterhin das

Evangelium in den Parlamentsräumen zu Gehör zu bringen: Er betete zu Gott, dass der Gesetzgeber „den Geringsten unter uns“ helfen möge. Er betete, dass sie dem Evangelium Jesu folgen sollten, „der die Hungerigen speiste, den Gefangenen Hoffnung brachte, den Verlorenen Trost spendete“.

Das alles in Zeiten, in denen eine Steuer-senkung von US-\$ 1.5 Billionen zugunsten der großen Konzerne und der Reichen beschlossen wurde. Jüngst schlug Ben Carson, Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung, vor, die Miete für die ärmsten Familien, die in subventionierten Wohnungen leben, zu verdreifachen.

Nach einigen Tagen der Klärung widerrief Conroy seine Amtsaufgabe inzwischen.

Philippinen: Neues Kirchennetzwerk für Arme

Das Anawim Mission Network will sich auf den Philippinen um mehr politisches Engagement von ärmeren Menschen bemühen.

Katholische und protestantische Gruppen haben dazu eine ökumenische Solidaritätsgruppe gegründet, deren Ziel es ist, „politisches Verständnis“ unter den ärmeren Bevölkerungsschichten zu fördern. Gegründet wurde die Gruppe am 6. April, im Rahmen eines Treffens zum 500. Jahrestag der Reformation. Das Anawim Mission Network hat sich bei der Namensgebung vom hebräischen Wort für „Arme“ inspirieren lassen.

„Wir sahen die Notwendigkeit, die Einheit und Harmonie, die unter den christlichen Kirchen entstanden ist, in den Einsatz für die Armen umzuwandeln“, sagte der Karmelitenpriester Rico Ponce vom Institut für Spiritualität in Asien. Als Nachfolger Christi wollten sie gemeinsam und gemeinsam mit den Armen diese Herausforderung anstreben, so Ponce. Die Mitglieder hätten versprochen, ihr soziales Kapital, Organisationsstrukturen und materielle und finanzielle Hilfen mit den Armen zu teilen.

Die Gruppe plant ihre Aktivitäten vor allem in ärmeren Vierteln von Städten und unter Opfern von Verfolgung. Durch diese Interaktion erhofft sich die Gruppe genauer herauszufinden, was die Bedürfnisse der ärmeren Menschen sind und was sie für sie tun können. Auch hat die Gruppe sich mit einheimischen Gruppen und Organisationen von Farmern und Arbeitnehmern zusammengeschlossen.

England: Anglikaner und Methodisten wollen einiger werden

Die anglikanische Kirche und die methodistischen Christen machen große Schritte aufeinander zu.

Die Generalsynode der anglikanischen „Kirche von England“ hat mit großer Mehrheit beschlossen, dass der Leiter der methodistischen Kirche künftig die anglika-

nische Bischofsweihe erhalten soll.

Methodistische Priester sollen von der anglikanischen Kirche gleichfalls als Priester anerkannt werden. Bischöfe, Priester und Laien der anglikanischen Synode machten sich in getrennten Abstimmungen die entsprechenden Empfehlungen eines Berichts zu eigen.

An Kritikern fehlt es gleichwohl nicht: Sie befürchten eine Verwässerung des anglikanischen Priesterbilds. Dem widersprach der Primas der anglikanischen Weltgemeinschaft, Erzbischof Justin Welby von Canterbury. Gott erwarte von den Kirchen, „dass sie sich um Einheit in der Verschiedenheit bemühen“.

Zu den Gründen für das Aufeinander-Zugehen gehört auch die abnehmende Zahl von anglikanischen wie methodistischen Gläubigen in Europa.

Deutschland: Katholische und die evangelische Kirche gründen neues Gremium für Oekumene-Fragen

Der Kontaktgesprächskreis zwischen Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland hat die Einrichtung einer Kommission beschlossen, die Ideen zur Zukunft der Oekumene und zu konkreten Schritten entwickeln soll. Sie soll die ökumenischen Impulse des Reformationsgedenkjahres 2017 weiterführen.

Christliche Weltbünde: Nicht alles darf zur Ware gemacht werden

Der OeRK identifiziert sich mit den Erfahrungen derjenigen Menschen, die von wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen ausgeschlossen sind, und hat sich vor diesem Hintergrund gemeinsam mit mehreren ökumenischen Partnern für „ein alternatives Finanzsystem“ ausgesprochen.

In einer gemeinsamen Erklärung anlässlich des dritten von den Vereinten Nationen ausgerichteten Forums für Entwicklungsfinanzierung fordern der Oekumenische Rat der Kirchen, der LWB, die Weltgemeinschaft reformierter Kirchen und der Council for World Mission wirtschaftliche, soziale und Klimagerechtigkeit, eine Eindämmung der menschlichen Gier, Steuererleichterungen für die Armen, die Abschaffung von Steueroasen und Hilfen für Länder, die vom Klimawandel betroffen sind.

Hindernis für Gerechtigkeit und Frieden

„Die globale Finanzkrise im Jahr 2008 hat zu der ethischen Erkenntnis geführt, dass ein von Spekulation, Konkurrenz und unzulänglicher Regulierung geprägtes System nicht etwa den Menschen dient, sondern vielmehr der Mehrheit der Weltbevölkerung menschenwürdige Lebensbedingungen vorent-

hält“, stellt die von Athena Peralta (OeRK) erläuterte Erklärung fest.

Auch zehn Jahre nach der Finanzkrise von 2008 bleibe das internationale Finanzsystem unverändert. Seine zerstörerischen Folgen offenbarten sich unmittelbar in der wachsenden Kluft zwischen Reichen und Armen – heute auf dem höchsten Stand seit dem 19. Jahrhundert – und dem Klimawandel. „Die aktuellen Wirtschaftssysteme stellen ein gravierendes Hindernis für die Gerechtigkeit und den Frieden dar, die wir als die eine Menschheit heute und morgen für unser Zusammenleben brauchen. Insoweit das Streben nach Profit als letztgültiger Wert an sich vertreten und als Sinn des Lebens betrachtet wird, ist es sündhaft“, heißt es in der Erklärung weiter.

Die christlichen Weltbünde verlangen tiefgreifende und langfristige politische und institutionelle Veränderungen in den Bereichen Banken und Finanzsektor, öffentliche Finanzen und Schulden sowie globale Wirtschaftssteuerung. Sie fordern insbesondere nationale und internationale Steuersysteme, die Arbeit belohnen, die Verteilung des Reichtums fördern und spekulative, umweltverschmutzende und ressourcenschädigende Aktivitäten bestrafen. Zu diesen Systemen gehören unter anderem progressive Steuern, Steuererleichterungen für die Armen und für umweltfreundliche Aktivitäten, Kapitalertragssteuern, Finanztransaktionssteuern, Kohlenstoffsteuern und die Beseitigung von Steuerparadiesen.

Parallel dazu fordern sie erhebliche Investitionen in „öffentliche Güter“ wie in die Agrarökologie, arbeitsplatzschaffende Infrastruktur, sowie sozialen Schutz für Bedürftige. Dabei unterstreichen sie, dass die öffentliche Finanzierung durch Steuern nach wie vor die nachhaltigste Form der Entwicklungsfinanzierung ist.

„Für Geld nicht zu haben!“

„Gläubige und Kirchen müssen sich bewusst sein, dass die Fülle des Lebens, die sie mit Christus identifizieren, ausverkauft wird, wenn sie sie nicht einfordern für die ganze Erde, die ganze Menschheit und für die Art und Weise, wie wir in Liebe und Gnade in unserer Gemeinschaft und in der Schöpfung zusammenleben sollen.“

„Wir kämpfen dagegen, dass alles zur Ware gemacht wird.“ Kurzgefasst seien „Erlösung – für Geld nicht zu haben“, „Menschen – für Geld nicht zu haben“ und „Schöpfung – für Geld nicht zu haben“, fasste der Lutherische Weltbund zusammen.

<https://www.oikumene.org/en/resources/message-on-the-occasion-of-the-3rd-united-nations-un-financing-for-development-forum-by-wcc-wrc-cwm-and-lwf-new-york-23-26-april-2018>

Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von OeRK, LWI, RWF, CEC, RNA, RV und KIPA ausgewertet.

Aus oekumenischen NETZEN

► Bayern

Studientage und Netzzrundbriefe

Ein Bericht des bayrischen Netzes beim Treffen des Oekumenischen Netzes in Deutschland Netz (se.u.) ergab, dass sich Studientage und Netzzrundbriefe für die Arbeit als tragende Säulen erweisen. Für Ende 2018 ist ein Studientag geplant zum Thema „Lobbyismus“. Wichtig ist die Kooperation mit anderen kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Im Jahr erscheinen weiterhin zwei bis drei Netzzrundbriefe. Eingeschlossen sind dabei offene Briefe an Politiker. Die Bezieherliste der Rundbriefe ist übrigens umfangreicher als die Anzahl der Netzmitglieder.

In Bayern ist die Netz-Koordination übergegangen auf Michael Kappus in München. Kontakt: Oekumenisches Netz Bayern, Michael Kappus Tölzer Str. 7, 81379 München

► Rhein-Mosel-Saar

„Gerechter Friede“ und die weltweite Militarisierung

Das Oekumenische Netz Rhein-Mosel-Saar begrüßt Initiativen für eine stärkere Förderung des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Zu Recht sieht die Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR) in ihm ein Instrument, um einen Prozess für einen „gerechten Frieden“ voranzutreiben. Dieser klare Beschluss im Friedenswort der EKiR, die Erwähnung jenes Prozesses im „Oekumenischen Wegzeichen“ des Bistums Trier und der EKiR sowie das Motto der Friedensdekade 2018 „Krieg 3.0“ weisen auf die Bedeutung der Themen des konziliaren Prozesses in einer Zeit zunehmender Militarisierung hin. Für die im Friedenswort enthaltenen Forderungen wie die Abschaffung von Atomwaffen und die Verhinderung von Rüstungsexporten hat sich das Oekumenische Netz in den vergangenen Jahren immer wieder stark gemacht und sich gegen die weltweite Militarisierung engagiert. Die kirchlichen Initiativen werden – so bleibt zu hoffen – zu einer Verbreitung dieser Forderungen und zu einer Stärkung des friedenspolitischen Engagements beitragen.

Der persönliche und politische Wille ist jedoch nicht ausreichend, um einen „gerechten Frieden“ zu erreichen. Notwendig ist die Analyse der politisch-ökonomischen Zusammenhänge. Wachsende Militärbudgets und

zunehmende Rüstungsexporte sowie immer zahlreichere (Bürger-)Kriege und damit verbundene Fluchtbewegungen machen deutlich, dass sich „ungerechte“ Strukturen verstetigt haben, um Rohstoffe (zur Energiegewinnung oder zur Produktion von Alltagsgegenständen) und Handelswege zu sichern sowie Flüchtlinge abzuwehren.

Wichtig wäre es, nicht nur abstrakt diese Verstetigung „ungerechter“ Strukturen wahrzunehmen, sondern sie inhaltlich zu bestimmen. Sie wären als Ausdruck des globalen kapitalistischen Systems zu begreifen, das in seiner Krise immer dramatischere Katastrophen hervorbringt.

Mit Marx über Marx hinaus

Die Kapitalismuskritik von Karl Marx ist für das Oekumenische Netz Rhein-Mosel-Saar nicht nur im Jubiläumsjahr des Trierer Philosophen von Bedeutung. Trotzdem nimmt das Netz dessen 200. Geburtstag zum Anlass, sein Werk und seine Bedeutung im 21. Jahrhundert zu reflektieren.

Der Marx, der die „(abstrakte) Arbeit“ und die kapitalistische Gesellschaft als „automatisches Subjekt“ und „Wertform“ in einem – inzwischen an sein Ende kommenden – „prozessierenden Widerspruch“ kritisierte, ist nach Auffassung des Netzes eine entscheidende Grundlage für die Kritik der heutigen globalen (Vielfach-)Krise. Erst die Analyse und Kritik der Form der kapitalistischen Gesellschaft eröffnet die Möglichkeit einer emanzipatorischen Überwindung der (post-)modernen Welt und ihrer zerstörerischen Dauerkrise. Zur Formbestimmung gehört die Analyse des Kapitalismus als Wert-Abspaltungsvergesellschaftung. Mit der Abspaltung ist die von Marx nicht beachtete Dimension des Geschlechterverhältnisses aufgenommen. Damit wird es in der Fortführung eines antifetischistischen Denkens möglich, mit Marx über Marx hinaus zu gehen.

Die Netzversammlung findet am **9. Juni 2018** statt, um 10 Uhr im Ev. Gemeindezentrum Polch, Ev. Kirchengemeinde Münstermaifeld, Uhlandstr. 9, 56751 Polch

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominik Kloos, c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Fröbelstr. 9, 56073 Koblenz, Tel.: 02 61/8992 62 84
info@oekumenisches-netz.de

► Württemberg

„Lebenshaus Schwäbische Alb“ 25 Jahre

Aus dem Oekumenischen Netz Württemberg meldet das Mitglied „Lebenshaus

Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.“ ein Jubiläum. Am 20. Juni 1993 wurde der Verein in Gammertingen (Landkreis Sigmaringen) gegründet.

Ein Höhepunkt des Lebenshaus-Jubiläumsjahres soll die für **13. Oktober 2018** geplante 6. Tagung „We shall overcome!“ Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht“ in Gammertingen werden. Als Referierende konnten Mechtild Eisfeld, Peter Bürger und Andreas Zumach gewonnen werden.

Anmeldung beim Lebenshaus Schwäbische Alb
Bubenhofenstr. 3, 72501 Gammertingen

Tel.: 075 74/28 62, info@lebenshaus-alb.de

Kontakt: Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12, 74348 Lauffen a.N.

Tel.: 071 33/2 10 68

► Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland



Auch eine säkulare Gesellschaft braucht die Kirchen

In verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen werden die Kirchen als Akteure gebraucht und nehmen Aufgaben wahr, die von Seiten des Staates nicht erledigt werden können. Das verdeutlichte eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland Ende April d.J. im Erbacher Hof in Mainz. Unter dem Motto „Aus dem Glauben Gesellschaft gestalten?“ beleuchteten evangelische, katholische, freikirchliche und orthodoxe Theologen sowie Vertreter der Politik die Rolle der Kirchen in der Gesellschaft.

Die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse haben auch die Kirchen und deren Rolle in der Gesellschaft verändert, analysierte der Vorsitzende der ACK Deutschland, Bischof Karl-Heinz Wiesemann (Speyer). Aber den wahrnehmbaren Bedeutungsverlust der Kirchen dürfe man nicht beklagen, sondern müsse dies als Chance begreifen. „Das globale Zeugnis der Kirchen ist gefragt, um die religiösen sowie auch die demokratischen Wurzeln der Gesellschaft gemeinsam zu stärken“, sagte Bischof Wiesemann.

Die Kirchen seien weiterhin nötig und müssten deutlich ihre Stimme erheben: „Als sozial prägende Kraft bleiben christliche Glaubensüberzeugungen ein politischer Faktor im sich säkularisierenden und religiös pluralisierenden Europa.“

Menschenrechte und Freiheit als christliche Grundüberzeugungen

Die Ausformulierung der Menschenrechte sei nichts anderes als eine „Ausformulierung des Evangeliums“, stellte der Freiburger römisch-katholische Fundamentaltheologe Magnus Striet fest. Jesus habe selbst eine Kultur der Wertschätzung und Toleranz geprägt. Diese Werte gelte es, als Kirchen im gesellschaftlichen Prozess aufrecht zu erhalten. Um eine solche Kultur zu prägen, müssen die Kirchen sich auf die Welt verlassen und sich in ihr auskennen. „Die Verantwortung der Kirchen ist vom Evangelium her und der darin begegnenden Menschenliebe Gottes immer auch eine Verantwortung für die Erhaltung und Pflege solcher gesellschaftlichen Strukturen, die der Religions- und Gewissensfreiheit, dem Frieden, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung dienen und den Dialog der Religionen und Weltanschauungen ermöglichen“, sagte der freikirchliche Dogmatiker Markus Iff.

Religiöse Akteure zählen im Übrigen weltweit zu den wichtigsten zivilgesellschaftlichen Kräften und sind vielfältig für nachhaltige Entwicklung engagiert.

Kontakt: Oekumenische Centrale

Dr. Marc Witzenbacher, Ludolfstr. 2-4

60487 Frankfurt am Main, Tel.: 069/24 70 2713

marc.witzenbacher@ack-oec.de, www.oekumene-ack.de

Westfalen

„Ja, ich will! Nachhaltig und Fair“ – ein Ratgeber für Hochzeitspaare

Im Sommer lassen sich viele Paare trauen. Der Hochzeitstag ist ein besonderer Tag im Leben und seine Vorbereitung erfordert viel Aufmerksamkeit. Der Ort der Feier, die Trauringe, das Hochzeitsmenü – es gilt viele Details zu entscheiden.

Der Ratgeber lädt Brautpaare dazu ein, diese vielfältigen Gelegenheiten zu nutzen, um ihren „schönsten Tag im Leben“ nachhaltig und fair zu gestalten.

Das Heftchen sensibilisiert für die weltweiten Auswirkungen unseres Handels, bspw. für die Folgen des Goldabbaus in Ländern des globalen Südens oder die Klimawirkungen unseres Fleischkonsums und Reiseverhaltens.

Trauringe können Gold aus Südafrika, Peru oder den Philippinen enthalten. Beim Abbau von Gold herrschen häufig große menschenrechtliche und ökologische Missstände. Im Goldabbau wird Quecksilber verwendet. Neunjährige Kinder vermischen mit bloßen Händen die goldhaltigen Schlämme mit dem giftigen Metall, um das Gold zu lösen. Das Quecksilber greift das zentrale Nervensystem an und verursacht Hirnschäden, die auch tödlich enden können. Doch es

gibt sozial gerechtere und ökologische Alternativen beim Kauf der Trauringe. Zentral dabei sind der garantierte stabile Mindestpreis, die Zahlung einer Prämie sowie die Einhaltung von Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen. Verschiedene Siegel stehen dafür, die im Ratgeber vorgestellt werden.

Paare finden darin weitere Anregungen, wie sie mit ihrem Fest Akzente für eine nachhaltigere und gerechtere Welt setzen können – von der Wahl der Trauringe, der Hochzeitskleidung und -schuhe über das Hochzeitsbuffet, den Blumenschmuck und die Geschenke bis hin zu den Flitterwochen.

Der Ratgeber findet sich im Internet unter:

www.eine-welt-netz-nrw.de/fairheiraten

Kontakt: MÖWe, Olpe 35, 44135 Dortmund,

info@moewe-westfalen.de, Tel.: 02 31/54 09-70

Kairos Europa



Wiederentdeckung des Humanum mit Bibel, Koran und Marx

Schnelligkeit, Reichweite und systemische Wirkung der so genannten Vierten Industriellen Revolution, deren besonderes Merkmal die Verschmelzung von Technologien über ihre angestammten Grenzen zwischen der physikalischen, der digitalen und der biologischen Sphäre ist, werden nicht nur die künftige Art des Wirtschaftens und damit die globale Ökonomie, sondern alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens fundamentalen Veränderungen unterziehen. Sich abzeichnende technologische Durchbrüche bei der künstlichen Intelligenz, der Robotik, dem Internet der Dinge, der 3-D-Drucktechnik, der Nano- und Biotechnologie, dem Quantencomputing usw. werden unsere Art zu arbeiten, zu leben und miteinander umzugehen grundlegend wandeln. Die Debatte darüber, ob diese Entwicklungen den von ihren Fürsprechern behaupteten „Segen“ oder aber vielmehr weiteren „Fluch“ im Sinne einer Verschärfung der „imperialen Lebensweise“ über die Menschheit bringen werden, muss aus Sicht von Kairos Europa dringend verbreitert und intensiviert werden.

Auf diesem Hintergrund möchte die kommende Kairos-Tagung vom **28. bis 30. September 2018** nach den zentralen ökonomischen und sozialen Veränderungen für den globalen Norden wie Süden fragen und die politische Intention von Industrie 4.0 beleuchten. Der „Logik“ und den zu befürchtenden ökonomischen und sozialen

Verwerfungen der Vierten Industriellen Revolution sollen aus der Perspektive religiöser und weltanschaulicher Begründungen einer Politik der Gerechtigkeit emanzipatorische Konzepte des Umgangs mit der rasch voranschreitenden Digitalisierung und Automatisierung gegenübergestellt werden. Da technologischer Fortschritt und dessen Anwendung keine Naturereignisse, sondern Gegenstand eines politisch gestaltbaren Prozesses sind, werden zudem konkret auf den digitalen Kapitalismus bezogene gesellschaftspolitische Veränderungsvorhaben diskutiert.

Vorgesehen sind am Freitag, 28.9. im ökumenischen Bildungszentrum Mannheim ab 17.30 h eine öffentliche Abendveranstaltung gemeinsam mit dem „Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar“: „Die Vierte industrielle Revolution als polit-ökonomisches Projekt“. Am Samstag, 29.9. folgen als Themenvorträge: „Wo bleibt der Mensch, wenn die Roboter kommen? (1) Zu den Auswirkungen von Industrie 4.0 auf den globalen Norden“, „Wo bleibt der Mensch, wenn die Roboter kommen? (2) Zu den Auswirkungen von Industrie 4.0 auf den globalen Süden“. „Die Vierte industrielle Revolution als Herausforderung für die Menschlichkeit ... (1) ... aus der Sicht christlicher (Befreiungs-) Theologie“ (2) ... aus der Sicht muslimischer (Befreiungs-) Theologie“ (3) ... aus marxistischer Sicht“ „Das bedingungslose Grundeinkommen – eine Utopie mit Sprengkraft im Zeitalter von Industrie 4.0?“ Die Kostenbeteiligung beläuft sich auf EUR 20,- pro TeilnehmerIn, Kost & Logis: EUR 115,-

Kontakt: Martin Gück, Kairos Europa e.V. im WeltHaus

Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg

Tel.: 0 62 21/4 33 36 22, gueck@kairoseuropa.de

www.kairoseuropa.de

Oekumenischer Ratschlag



Gegen die strukturelle Gewalttätigkeit der herrschenden Ökonomie Für eine Wirtschaft, die dem Leben dient

Die Teilnehmenden des Ratschlags des Oekumenischen Netzes in Deutschland am 14. April in der Frankfurter Hoffungsgemeinde setzten sich für eine neue solidarische und gemeinwohlorientierte Wirtschaftsweise ein. Die ökumenischen Initiativen in Deutschland fühlen sich den Zielen des kon-



Photo © Privat

Das Oekumenische Netz in Deutschland bei seinen Beratungen in den Räumen der Frankfurter Hoffnungsgemeinde am 14. April 2018

ziliaren Prozesses, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. Sie fordern eine Wirtschaftsweise, die dem Leben und nicht der Rendite dient. Sie wollen einen imperialen Lebensstil zu Lasten der Armen und der ökologischen Tragfähigkeit unseres Planeten überwinden. Dazu diskutierten sie einen Vortrag von Prof. Dr. Markus Wissen.

Die Netze stellen in einer Erklärung fest, dass der Kapitalismus Gewinnmaximierung zum bestimmenden Kriterium aller wirtschaftlichen Aktivitäten macht. Auf der Suche nach höheren Renditen haben die Akteure längst erkannt, dass diese in der Realwirtschaft nur noch begrenzt zu erreichen sind. Entschieden höhere Renditen lassen sich aus zumeist geliehenem Geld auf den Finanzmärkten erzielen. Aus Geld wird Geld erzeugt. Die Schäden dieses hochrisikanten Spiels haben im Zweifelsfall Millionen unbeteiligter Menschen, aber nicht die Akteure zu zahlen.

Auf den Finanzmärkten wie in der Realwirtschaft herrscht ein brutaler Konkurrenzkampf um die Aneignung möglicher Gewinne, in dem sich jeweils die Stärkeren durchsetzen können. Die Welt zerfällt in viele Verlierer und wenige Gewinner. In dem Kampf um die Aneignung zusätzlicher Renditen kann nur gewinnen, wer die Kosten auf ein Minimum senken kann. Aus diesem Zwang heraus versuchen die Akteure sowohl in der Realwirtschaft als auch in der Finanzwirtschaft alle ökologischen und sozialen Kosten auf Schwächere zu externalisieren. Während der Reichtum einer kleinen Minderheit exorbitant steigt, müssen sich in Deutschland viele Menschen mit prekären Arbeitsverhältnissen zufriedengeben, Menschen in anderen Ländern sterben, weil ihnen eine ausreichende Ernährung trotz vorhandener Kapazitäten verwehrt wird.

Zu den Schwächeren zählt auf kurze Sicht ebenso die Natur. Ein weiterer Weg der Renditesteigerung besteht in der Eroberung zusätzlicher Absatzmärkte, also Wachstum. Dieser Versuch verschärft allerdings den Konkurrenzkampf. Er muss – selbst wenn er über kriegerische Auseinandersetzungen aufrechterhalten wird – in einer begrenzten Welt scheitern. Zudem trägt er entscheidend zur Zerstörung der Schöpfung bei.

Eine auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Wirtschaftsweise führt zu einer gnadenlosen Unterdrückung und Ausbeutung der Mehrheit der Menschen. Sie trägt in vielfältiger Weise zur Vernichtung von Leben auf dieser Erde bei.

Eine Wirtschaft im Dienste des Lebens ist möglich

Die von den Vereinten Nationen verabschiedeten 17 Sustainable Development Goals machen sichtbar, dass die politisch Verantwortlichen die lebensgefährdenden Folgen des gegenwärtigen Handelns erkennen. Es ist jedoch auch erkennbar, dass diese Ziele in einer an der Kapitalmehrung ausgerichteten Wirtschaftsweise nicht zu erreichen sind.

Die in den Netzen Engagierten wissen, dass sich mittlerweile viele Menschen in Deutschland und der ganzen Welt auf den Weg gemacht haben, lebensdienliche Formen des Wirtschaftens zu entwickeln. Dies geschieht auf individueller Ebene aber auch durch solidarisch und gemeinwohlorientierte Unternehmen. Die ökumenischen Initiativen hegen die Hoffnung, dass all diese Aktivitäten dazu beitragen, die politisch Verantwortlichen zu bewegen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine solidarische und gemeinwohlorientierte Wirtschaftsweise fördern und zur Normalität werden lassen.

Die Netze setzen sich ein für eine Stärkung der Vereinten Nationen und der damit verbundenen Möglichkeit von Blauhelmeinsätzen. Die Politik der Bundesregierung muss auch gegenüber den Verbündeten auf einer Stärkung des internationalen Völkerrechts bestehen.

Von den Kirchenleitungen wird erwartet, dass sie eindeutig und gemeinsam Stellung beziehen und den Einsatz von Bomben verurteilen.

Die Netzmitglieder sind der Überzeugung, dass die Konflikte nur zu lösen sind, wenn die konkreten Anliegen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in ihrer Wechselwirkung von allen Beteiligten angegangen werden.

Das Protokoll des Ratschlags mit dem Referat von Prof. Markus Wissen, der gereimten Andacht von Werner Gebert und den Beschlüssen des OeNiD ist im Internet

zu finden unter www.oekumenischer-ratschlag.de. Das nächste Treffen soll in Minden voraussichtlich vom **9. bis 10. November** stattfinden.

Kontakt: Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD)
c/o Geschäftsstelle der Kommunalen Oekumene
Berlin-Treptow/Köpenick, Rudower Str. 23
12557 Berlin, Tel.: 030/46 73 45 94

► gewaltfrei handeln e.V.

Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik

Europa steht vor der Herausforderung, wesentlich mehr eigene Verantwortung für die Gewährleistung seiner Sicherheit zu übernehmen. Diese Herausforderung ist zugleich eine Chance, die bisherige Priorität der NATO auf militärische Sicherheitspolitik zu hinterfragen und in Europa eine „andere, eigene Farbe unserer Sicherheitspolitik zu entwickeln“, wie selbst Verteidigungsministerin von der Leyen formuliert.

Die Evangelische Landeskirche in Baden hat ein Szenario zum kompletten Umstieg von der militärischen zu ziviler Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040 entwickelt. Zur Vorstellung wird zu eigenen Workshops eingeladen. In den nächsten Jahren entscheidet sich, ob Deutschland – wie gegenüber der NATO versprochen – seine Militärausgaben bis zum Jahr 2024 auf zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung, also über 60 Mrd. Euro pro Jahr erhöht.

Die meisten Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass die Androhung und der Einsatz von Gewalt in Europa, Asien und Afrika stets noch mehr Gewalt hervorbringt.

Längst sind Alternativen zu militärischer Sicherheitspolitik entwickelt und erprobt, mit denen sich auf ganz andere Art Sicherheit gewinnen lässt.

Das Szenario lädt dazu ein, eine Zukunft zu denken, in der die Bunderepublik pro Jahr als NATO-Mitglied 60 Mrd. Euro in die zivile Krisenprävention und nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten investieren.

Gern stellen die AutorInnen das Szenario auf Einladung vor. Am **27. Juni** lädt die Badische Landeskirche zu Sondierungsgesprächen zur Verbreitung des Szenarios ein.

Das Szenario ist (auch als 30-seitige kostenlose Kurzfassung) erhältlich in der Arbeitsstelle Frieden Postfach 2269, 76010 Karlsruhe
Tel.: 0721/917 54 70, Stefan.Maass@ekiba.de
Eine Szenario-Kurzfassung findet sich als Download unter: www.kirche-des-friedens.de.

Kontakt: Ralf Becker, Koordinator des gewaltfrei handeln e.V., Mitglied der AG „Sicherheit neu denken“ der Evangelischen Landeskirche in Baden, gewaltfrei handeln e.V., Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen
Tel. 0 56 94/80 33, info@gewaltfreihandeln.org
www.gewaltfreihandeln.org

► Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel

Grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten gefordert

Das größte zivilgesellschaftliche Bündnis gegen Rüstungsexporte, die bundesweite Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, bestärkt ihre Forderung nach einem grundsätzlichen Rüstungsexportverbot.

„Bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

„Die in der vergangenen Legislaturperiode drastisch gestiegenen Rüstungsexporte, der Einsatz von Leopard-Panzern deutscher Herkunft beim türkischen Angriff in Nord-syrien und die Genehmigungen von Waffenlieferungen in Höhe von fast 1,3 Milliarden Euro im Jahr 2017 in Länder der Jemen-Kriegsallianz, sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass die Genehmigungspraxis der Bundesregierung im krassen Widerspruch zu den grundgesetzlichen Vorgaben steht,“ kritisiert die Sprecherin der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann. „Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ fordert daher das Exportverbot expressis verbis im Grundgesetz klarzustellen. Unser Ziel ist, in Artikel 26 (2) GG klarzustellen: „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.“ Die politisch Verantwortlichen fordern wir auf, ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu schaffen, das die Rahmenbedingungen für eine faktische Reduktion und auf Dauer einen Stopp deutscher Kriegswaffen- und Rüstungsexporte garantiert“, so Hoffmann.

„Auf dem Weg zu einem grundsätzlichen Rüstungsexportverbot unmittelbar einzuschlagende Schritte sind ein sofortiger Stopp von Rüstungsexporten an alle kriegsführenden und menschenrechtsverletzenden Staaten sowie ein Exportverbot für Kleinwaffen und Munition. Unseren Forderungen werden wir im Rahmen unterschiedlicher Aktionen im Jahr 2018 Nachdruck verleihen.“

Im April 2018 wurde ein globales Netzwerk gegen Waffenhandel gegründet. Der Forderung nach einem vollständigen Kleinwaffenexportverbot wird zukünftig auch mit den jüngst gegründeten „Kritischen AktionärInnen Heckler & Koch“ Nachdruck verliehen. Der Druck zur Rüstungskonversion, die Umstellung auf eine nachhaltige zivile Fertigung, soll verstärkt werden.

Kontakt: Aktion Aufschrei, c/o Christine Hoffmann
Generalsekretärin von pax christi – Deutsche Sektion
Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin
Tel.: 030/ 20 07 67 80, www.paxchristi.de



► Frieden geht

Deutschlandweiter Staffellauf gegen Rüstungsexporte

Mit einem Staffellauf durch ganz Deutschland wollen Friedensengagierte gegen Rüstungsexporte demonstrieren. Die Trägerorganisationen, zu denen etwa die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung zählt, fordern einen Exportstopp von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern. Die Aktion „Frieden geht“ begann am 21. Mai im baden-württembergischen Oberndorf und endet am 2. Juni mit einer Abschlusskundgebung in Berlin.

Kontakt: Frieden geht, c/o Roland Blach, Werastr. 10
70182 Stuttgart, Tel. mobil: 01 57/35 66 38 49
info@frieden-geht.de, www.frieden-geht.de

► Oekumenischer Pilgerweg

Für Klimagerechtigkeit 2018

2018 findet wieder ein sogenannter „großer“ Pilgerweg statt – nach dem ersten Klimapilgerweg 2015 von Flensburg nach Paris erneut ein internationaler: von Bonn (COP 23) über Berlin nach Katowice (COP 24). Der Aufbruch erfolgt am 9. September im Rahmen einer Festveranstaltung zum siebenjährigen Jubiläum des OeRK; Endpunkt ist ein großer Pilgergottesdienst am 9.



Dezember in Katowice, wo mehrere Klimapilgerwege bei der 24. Weltklimakonferenz zusammentreffen.

Klimagerechtigkeit ist eine fundamentale ethische Herausforderung der heute lebenden Generationen. Unser Wirtschaftsmodell und unser Lebensstil im Globalen Norden tragen wesentlich zur Klimaveränderung bei – am stärksten betroffen sind jedoch Menschen im Globalen Süden. Auch Fragen der sozialen und der Generationengerechtigkeit stehen auf der Tagesordnung. Mit dem Pariser Abkommen ist zwar eine Weichenstellung zur Korrektur der Klimakrise gelungen, doch die Realisierung der Ziele ist kein automatischer Prozess. Wir fordern deshalb von den Vertragsstaaten ein verbindliches Regelwerk für die Umsetzung des Pariser Vertrags auf nationaler wie internationaler Ebene.

Von der neuen Bundesregierung fordern die Initiatoren des Pilgerwegs, dass sie Deutschland zügig auf einen ambitionierten und verbindlichen Kurs des Klimaschutzes zurückbringt. Deutschland muss seine nationalen wie internationalen Ziele und Verpflichtungen wieder erfüllen. Dazu ist erforderlich, den Ausstieg aus der Kohleverstromung zügig einzuleiten und den sozial verträglichen Strukturwandel in den betroffenen Braunkohleregionen aktiv und finanziell ausreichend zu unterstützen.

Die Initiatoren des Pilgerwegs begrüßen die Ankündigung der Bundesregierung, für einen Aufwuchs der internationalen Klimaschutzfinanzierung zu sorgen. Ein Aufstocken des deutschen Beitrags für Entschädigungs-, Schutz- und Anpassungsleistungen an die vom Klimawandel betroffenen Länder des Globalen Südens ist dafür bestens geeignet.

Neben politischer Aktion und spiritueller Pilgererfahrung versteht sich der Klimapilgerweg als eine Einladung an alle, durch eigenes Handeln zur Begrenzung der Klimaveränderung beizutragen. Mit der gemeinsamen Anstrengung aller Menschen kann die globale Erderwärmung begrenzt und eine gerechte Welt gestaltet werden.

R. CHRISTIAN SEIDEL

Kontakt: Juliana Klengel, Koordinatorin – 3. Oekumenischer Pilgerweg für Klimagerechtigkeit
Evangelisch-Lutherisches Missionswerk Leipzig e.V.
Paul-List-Str. 19, 04103 Leipzig,
Tel.: 03 41/2 53 55-593, juliana.klengel@klimapilgern.de
klimapilgerweg@lmw-mission.de

► Ohne Rüstung leben

Aktiv für eine atomwaffenfreie Welt

Es gibt immer noch genug Atombomben um die Menschheit mehrmals auszulöschen. Diese Tatsache birgt verheerende humanitäre Risiken. Durch die aktuell wieder wachsenden Spannungen zwischen Ost und West steigt die Gefahr eines Einsatzes dieser Mas-

senvernichtungswaffen. Als Teil der Kampagne „Büchel ist überall! – Atomwaffenfrei jetzt“ und Partner des Friedensnobelpreisträgers von 2017 – der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) – setzt sich Ohne Rüstung Leben für eine Welt ohne Atomwaffen ein. Gemeinsam fordern die Organisationen einen deutschen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag und den Abzug aller verbliebenen Atomwaffen aus Deutschland.

Am 7. Juli 2017 haben die Vereinten Nationen den Atomwaffenverbotsvertrag beschlossen. Auf den Tag genau ein Jahr später – am 7. Juli 2018 – laden Ohne Rüstung Leben, mehrere evangelische Landeskirchen und zahlreiche weitere Gruppen zu einem Aktionstag am Fliegerhorst Büchel ein. Dort sind die letzten US-Atomwaffen auf deutschem Boden stationiert. Mit einem ökumenischen Gottesdienst und bunten Programmpunkten werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihren Abzug fordern. Ohne Rüstung Leben unterstützt außerdem die „ICAN-Erklärung für Abgeordnete“, mit der sich Politikerinnen und Politiker weltweit zu einem Atomwaffenverbot bekennen. Möglichst viele Unterschriften deutscher Abgeordneter sollen den Druck auf die Bundesregierung erhöhen.

Doch nicht nur die Politik ist gefragt: Viele Menschen wissen gar nicht, dass sie mit ihren Ersparnissen die Wartung und Produktion von Atomwaffen finanzieren. Das geht aus der aktuellen Studie „Don't Bank on the Bomb“ hervor. Demnach haben zehn deutsche Finanzdienstleister seit Januar 2014 insgesamt rund 10,37 Milliarden US-Dollar in Unternehmen investiert, die Atombomben, Atomsprengköpfe sowie Atomraketen herstellen oder mit der Wartung dieser Systeme beauftragt sind. Zu den Investoren gehörten unter anderem die Deutsche Bank, die Commerzbank, die Allianz-Versicherung und mehrere Landesbanken. Ein guter Grund, über ein neues Bankkonto nachzudenken, findet Ohne Rüstung Leben.

Kontakt: Ohne Rüstung Leben, Arndtstr. 31

70197 Stuttgart, Tel.: 0711/60 83 96, orl@gaia.de

www.ohne-ruestung-leben.de

▶ PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft



Schwächen sowie Stärken der Agenda 2030 und der konziliare Prozess

Der Freundeskreis beschäftigt sich weiterhin mit den Schwächen und Stärken der Agenda 2030 mit ihren Sustainable Development

Goals (SDGs). Die Mitarbeit des Plädoyers bzw. seines Freundeskreises an den Ökumenischen Ratschlägen der Stiftung Oekumene hat die Schwachpunkte der Agenda 2030 noch deutlicher als bisher ins Bewusstsein gehoben, z.B. Wachstumsideologie, mangelnde Suffizienz, keine Analyse des Scheiterns der bisherigen Entwicklungsstrategien, Ausblendung ökonomischer Machtverhältnisse und Interessenlagen.

Es reicht auch nicht festzustellen, dass die Ziele des Konziliaren Prozesses und die der Agenda 2030 bzw. der professionellen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) weitgehend identisch sind, denn es gibt erhebliche Unterschiede. Der Konziliare Prozess ist faith and rights based, er liefert trinitarische und ekklesiologische Begründungen für eine EZ, er sieht EZ als integralen Bestandteil der Mission der Kirche, er betreibt sie von den Rändern her, er bevorzugt Themen wie Migration, ökonomische-, Klima-, Gender- und Gesundheits-Gerechtigkeit, er legt Wert auf eine prophetische Dimension der EZ, er fordert Solidarität im Kampf für Gerechtigkeit, er legt Wert auf die Transformation von Menschen, Kulturen und Systemen, er stellt die herrschenden Entwicklungsparadigmen in Frage, er führt einen spirituelle verankerten Widerstandskampf gegen Machtlogik...

Hinzu kommen gravierende Mängel bei der Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland: Keine Nachhaltigkeit bei Landwirtschaft, Konsum, Mobilität; Vernachlässigung des Klimawandels, Setzen auf Kohle, Mängel im Bereich sozialer Gerechtigkeit. – Die Sicht des globalen Südens auf die Agenda 2030 soll bei einer Beurteilung der Agenda 2030 bekannt gemacht und einbezogen werden.

Bei einem Treffen der Freundinnen und Freunde im Februar 2018 wurde beschlossen, diese Fragen in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Im Blick auf eine Akademie-Tagung im Frühjahr 2019 soll zunächst am 4./5. Nov. 18 ein Studientag an



Photo © Simon Beklecker
Protestaktion der Kampagne „Büchel ist überall! – atomwaffenfrei.jetzt“ in Köln

der Missionsakademie Hamburg durchgeführt werden unter dem Titel: Das kritische Potenzial ökumenischer Sozialethik und Spiritualität für gesellschaftliche Fragen am Beispiel der SDG. Ein Beitrag zu 70 Jahren OeRK und ökumenische Bewegung“. Der Studientag dient der Planung der Akademietagung, an der die Akademie Bad Boll großes Interesse gezeigt hat, und will zugleich das den OeRK zur Zeit leitende Einheitsparadigma und die Marginalisierung der Sozialethik hinterfragen. Dr. Gert Rüppell (gert.rueppell@web.de) ist die Kontaktperson für den Studientag.

Kontakt: Werner Gebert, Banweg 14

72131 Ofterdingen, Tel.: 07473/95 98 98

Fax: 95 98 94, euw.gebert@t-online.de

▶ Evangelische Friedensarbeit und Pax Christi: Kirchlicher Aktionstag in Büchel

ChristInnen aus mehreren Landeskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie die katholische Friedensorganisation Pax Christi rufen auf zu einem Aktionstag am 7. Juli am deutschen Fliegerhorst Büchel in der Eifel, um gegen die dort gelagerten US-amerikanischen Atombomben zu protestieren.

„Glauben, Gewissen und politische Vernunft bewegen uns, Massenvernichtungswaffen abzulehnen. Wir laden alle Menschen ein, die für den Abzug und das Verbot der Atomwaffen sind, vor dem Fliegerhorst öffentlich und gewaltfrei dafür einzutreten und den Umstieg auf eine friedenslogische Außen- und Sicherheitspolitik zu fordern“, heißt es in dem Aufruf zum Aktionstag.

Die Mitglieder der Aktionsgruppe fordern die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag ebenfalls zu unterzeichnen, die nukleare Teilhabe innerhalb der NATO zu beenden, für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und Europa einzutreten und die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik künftig zivil zu orientieren.

Beim Aktionstag am 7. Juli soll um 11.58 Uhr vor dem Haupttor des Fliegerhorstes Büchel ein ökumenischer Gottesdienst gefeiert werden, in dem unter anderem der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Renke Brahms (Bremen), die Predigt halten wird. Im Anschluss daran ist ein Kulturprogramm mit Musik und Kurzansprachen vorgesehen.

Die Veranstalter sehen diesen Aktionstag als einen Teil des vom Ökumenischen Rat der Kirchen 2013 ausgerufenen Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens.

Infos im Internet unter:

www.KirchenGegenAtomwaffen.wordpress.com

Kontakt: Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD

Endenicher Str. 41, 53115 Bonn, Tel.: 0228/24999-0

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o Michael Kappus
Tölzer Str. 7, D-81379 München

Berlin

Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik
Rudower Straße 23, D-12557 Berlin
Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
klaus.wazlawik@gmx.de

INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
Dieter Lomb, Baunsbergstr. 7
D-34131 Kassel
dieter.lomb@ekkw.de

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozess
Hermann de Boer
Masurenstr. 9b
D-31832 Springe

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz
(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos
c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Fröbelstr. 9, D-56073 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Erhard Dischler, Kapellen, Immermannstr. 12
D-41516 Grevenbroich
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45478 Mülheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@arcor.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum
Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-493
Fax: 03 91 / 53 46-490

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Annette Muhr-Nelson, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21
Solidarische Kirche Westfalen-Lippe
Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 1 76 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick
(interimsweise)
Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23
D-12557 Berlin, Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
klaus.wazlawik@gmx.de

Einladung

zu einer
Fördermitgliedschaft
bei der
Stiftung Oekumene



Unterstützen Sie die Initiativen für
Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung
der Schöpfung über die gemeinnützi-
ge Stiftung Oekumene als Plattform
für vielfältige Initiativen

Stiftung Oekumene

Konto 100 008

bei der Frankfurter Sparkasse
BIC HELADEF1822
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08

Spendenbescheinigungen versenden wir ab
50,- Euro pro Jahr. Dafür bitten wir Sie um
Ihre Postanschrift.

Möchten Sie den

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

regelmäßig erhalten?
Samt Sonderdokumentationen für
nur 10,- Euro im Jahr!
Eine kurze Mitteilung per E-Mail oder
Post genügt.

Stiftung Oekumene, Lindenspürstr. 30
70176 Stuttgart, ecunet@t-online.de

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST
Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart
ecunet@t-online.de

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08